

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Riesau, Ostpreußen.
Herausgeber:
Herrn Dr. H. H. H.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesau, des Rates der Stadt Riesau, des Finanzamts Riesau und des Hauptzollamts Weitzsch behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1532.
Verleger:
Riesau Nr. 52.

Nr. 191.

Dienstag, 18. August 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertitelt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesau. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesau. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesau; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesau.

Spanien.

Der von der gesetzgebenden Nationalversammlung eingesetzte Verfassungsausschuss, der aus 21 Mitgliedern besteht, wird von dem Sozialistenführer Azaña präsidentiert. In dem für Spanien so heißen Problem der Trennung von Staat und Kirche gelangte dieser Ausschuss zu einer viel radikaleren Lösung, als der Verfassungsentwurf vorsah. Es wurde nämlich beschlossen: 1. die Trennung von Staat und Kirche, 2. die Auflösung aller religiösen Orden, 3. die Nationalisierung aller Güter, die gegenwärtig der Kirche gehören und ihre Verwandlung in Gesellschaften des bürgerlichen Rechts. Der Ausschuss beschloß weiterhin, daß Madrid die Hauptstadt der spanischen Republik bleiben soll. Die catalonische Sprache wurde als Staatssprache anerkannt und beschlossen, daß jede Gegend in Spanien durch ein regionales Statut für sich die gleichen Vorrechte wie die Catalonier herauszuholen kann, wenn 85 Prozent der Wahlberechtigten es verlangen. Dagegen wird jedes Bündnis und jede Verbindung der autonomen Landschaften unter sich verboten. Alle Fragen der nationalen Sicherheit, der Grenzabwehr und der Polizei werden von der zentralen Regierung in Madrid kontrolliert und erledigt.

Während so der Verfassungsausschuss rüstig arbeitet, geht über das Land eine gewaltige Streikwelle. In Bilbao, Malaga, Oporto, Barcelona, Jaen und zahlreichen anderen Städten vermochten die radikalen Syndikalistischen Arbeiter auf die Straße zu bringen. Die Streiks richten sich nicht so sehr gegen die Regierung als gegen die Regierungspartei der Sozialisten, deren Gewerkschaftshäuser vielfach gestürmt und ausgeplündert wurden. Die Zahl der Toten ist nicht gering und Militär mußte öfter requiriert werden, da die Polizei nicht in der Lage war, die öffentliche Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Unter dem Druck der Verhältnisse entschloß sich jetzt der Innenminister Miguel Primo de Rivera, die ganze Arbeiterbevölkerung zu entwaffnen. Er stellte zu dem Zweck 300 neue Volksgarden ein. In der Provinz Murcie gelang es, den Syndikalistischen 5000 Pistolen abzunehmen.

Besonders unruhig ist Catalonien. Hier haben die Syndikalistischen Textilindustriellen ein Ultimatum gestellt. Werden ihre Forderungen nicht erfüllt, dann wollen 150 000 bis 200 000 Textilarbeiter in den Streik treten. Die Textilunternehmer lehnen die syndikalistischen Forderungen ab und erklären, daß sie der Einführung des Kommunismus in Spanien gleichstämten. Man befürchtet schwere Wirtschaftskämpfe und ernste politische Unruhen. Deshalb ist auch in aller Stille Oberst Azaña persönlich am Freitag nach Madrid gereist, um mit dem Ministerpräsidenten Zamora über die Annahme des catalonischen Statuts, das von der ganzen Landschaft mit erdrückender Mehrheit angenommen wurde, zu verhandeln. Sollte die gesetzgebende Nationalversammlung das Statut ablehnen, dann können ernste Verwickelungen zwischen der Provinz Catalonien und dem Lande Spanien nicht ausbleiben.

Sehr beunruhigend sind auch die Nachrichten, die aus manchen rein agrarischen Gegenden in Madrid einlaufen. Die Kommunisten und Syndikalistischen geben sich nämlich alle Mühe, um die bedürftigen Landarbeiter zum offenen Losschlagen gegen die Bauern und die Großgrundbesitzer zu verführen. Es gärt schon ganz bedenklich. Die Regierung Zamora entschloß sich deshalb, in der gesetzgebenden Nationalversammlung den Entwurf eines Landgesetzes einzubringen, durch den alle feudalen Güterbesitze, die früher vom König vergeben wurden, zum Staatseigentum erklärt werden. Auch die Kirchenlöhner werden säkularisiert. Die großen Latifundien sollen zerstückelt werden. Aber schon die Ankündigung dieses Gesetzesentwurfs brachte neue Unruhe. Viele Eigentümer befürchten nämlich, daß die Regierung ihren Besitz einzieht, so daß sie jetzt keine Lust verspüren, die im September fällige Saat auszureuen zu lassen. Das Wirtschaftsministerium sah sich daher veranlaßt, auf eine Verordnung vom 7. Mai hinzuweisen, die alle Bauern unter Androhung von schweren Strafen zwingt, ihr Land zu bestellen. Ob die Drohung des Wirtschaftsministers fruchten wird, bleibt abzuwarten.

Wann originell sind die Maßnahmen der Regierung Zamora, um der Inflation zu begegnen, die droht, und die spanischen Banknoten wieder in den Verkehr zu bringen, die überall im Lande aufgehäuft wurden. Die provisorische Regierung beschloß nämlich, daß alle Banknoten den Ueberdruck erlösen sollen. Die provisorische Regierung der Republik, 14. April 1931. Die Bank von Spanien begann am 10. August mit dem Ueberdruck. Unglücklicherweise stehen nur wenige Druckmaschinen zur Verfügung, so daß die Arbeit nur langsam vorwärtschreitet. Bis zum 10. September soll sie vollendet sein. Alle Noten, die nach diesem Zeitpunkt den Ueberdruck nicht besitzen, werden von der Regierung für wertlos erklärt. Diese Maßnahme der Regierung hatte zur Folge, daß unmittelbar nach ihrer Ankündigung zahlreiche Spanier bei der Bank von Spanien ihre Noten in Silber umtauschten. In wenigen Tagen hatte die Bank Silber im Werte von 7 Millionen Pesetas verloren, so daß die Regierung erneut einschreiten und wie den Umtausch der Noten in Gold, so auch in Silber unterlagern mußte. In der letzten Woche stieg der Notenumlauf um 25 Millionen Pesetas. Diese Ziffer zeigt hinlänglich den ganzen Ernst der Lage. Man kann daher der Regierung Zamora nur wünschen, daß ihr energisches Vorgehen auch von Erfolg gekrönt ist.

Abchluß der Arbeiten in Basel.

Basel, 18. August.

Der von Albert H. Wiggin präsidentierte Ausschuss für die Prüfung der Kreditlage in Deutschland führte am Montagabend seine Arbeiten zu Ende. Er hat den von Sir Walter Cayton erstatteten Bericht mit den Resolutionen durchbesprochen und angenommen. Die Unterzeichnung des Berichts erfolgt am Dienstagmorgen.

Nach der Unterzeichnung wird der Bericht der Leistung der Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich übergeben, die ihn hierauf denjenigen Regierungen übermitteln wird, die auf der Londoner Konferenz vertreten waren.

Der Bericht, der die verschiedenen Seiten der Kreditlage in Deutschland eingehend behandelt, empfiehlt die

Verlängerung der kurzfristigen Kredite im Gesamtbetrag von etwa fünf Milliarden Reichsmark um sechs Monate

unter der Voraussetzung, daß die Zentralbanken von Frankreich, England und Amerika sowie die BIZ, die den hundert Millionen-Dollarkredit der Reichsbank gewährte, diesen Kredit ebenfalls um sechs Monate verlängern.

Die Frist für die sechs Monate beginnt mit dem Datum der Unterzeichnung, das heißt, vom 18. August 1931 ab.

Der Bericht wurde abgeschlossen, ohne daß im Internationalen Stillehaltenkongress eine vollständige Einigung erzielt worden wäre. Umstritten ist nach wie vor die Frage der Verlängerung der ausländischen Marktguthaben in Deutschland. Ueber diese Frage besteht zur Zeit ein Vermittlungsversuch in dem Sinn, daß die Marktguthaben bis Mitte November bleiben sollten.

Dr. Meißner hatte am Montag nachmittag nochmals eine längere telephonische Aussprache mit der Reichsregierung. Für heute Dienstag vormittag waren nochmals zwischen den daran besonders interessierten Mitgliedern des Stillehaltenkongresses Besprechungen angesetzt. Ob es jedoch zu einer für beide Teile tragbaren Einigungsformel in der Marktguthabenfrage kommt, steht noch nicht fest. Da die Zeit drängt und man unbedingt bis Dienstagabend zu einem vorläufigen Abchluß der gesamten Verhandlungen kommen will, so soll unter Umständen die Frage der Marktguthaben offen gelassen werden. Reichsbankdirektor Dr. Fuchs, Direktor Selzer und Baron Seidel haben bereits am Montagabend Basel verlassen. Das mit Deutschland getroffene Stillehaltenabkommen soll für alle anderen Länder als Muster dienen.

Ueber die gleichfalls von Deutschland verlangte sechsmonatige Verlängerung des 100 Millionen Dollar-Reichsdollarkredits liegt noch keine Entscheidung der Zentralbanken Englands, Frankreichs, Amerikas und der BIZ vor. Es heißt aber, daß Dr. Meißner noch gewisse Zusicherungen gegeben werden sollen.

Ueberblickt man die seit 10 Tagen bei der BIZ andauernden Finanzverhandlungen, und zwar sowohl diejenigen des Finanzsachverständigenkongresses (Wiggin-Ausschuss) wie diejenigen des Stillehaltenkongresses, so dürfte wohl das greifbarste und wichtigste Ergebnis die monatliche Stabilisierung der auf 5 bis 7 Milliarden Mark beschränkten kurzfristigen Kredite sein. Wie nach dieser Zeit eine Abtragung dieser Kredite oder eine Konsolidierung erfolgen soll, darüber verweigerten die in Basel versammelten Finanzleute bisher jede Auskunft.

Deutschland zahlt 51 Millionen an die BIZ.

* Basel. Die Deutsche Reichsbank hat am 15. August der BIZ, als monatliche Ratezahlung für die ungeschützten Annuitäten einen Betrag von 51 Millionen Mark überwiesen. 47 Millionen werden davon der Deutschen Reichsbank zur Verfügung gestellt. Der Rest — mit Ausnahme des südslavischen Anteiles — wird für den Zinsdienst unter anderem auch für die Younganleihe verwendet. Die Zahlungen sind bekanntlich notwendig infolge des mit Frankreich getroffenen Abkommens.

Das englische Sparprogramm

London, 18. August.

Nach dem „Evening Standard“ soll das vom Sparauschuss des Kabinetts ausgearbeitete Sparprogramm folgende Punkte enthalten:

Herabsetzung der veranschlagten Beträge für die großen Staatsausgaben einschließlich der Ausgaben für Flotte, Heer und Luftstreitkräfte; starke Beschneidung der Ausgaben für Erziehungsweesen; Herabsetzung der Versicherungsbeiträge, gefolgt von einer Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung und der Honorare der Kassendirekte; Zurückstellung der Straßenausbauarbeiten; Vorschläge zur Herabsetzung der Gehälter von Ministern und Parlamentsmitgliedern; Ersparungen im Postwesen.

Sobald Uebereinstimmung über die wichtigsten Maßnahmen erreicht sei, wolle die Regierung eine entsprechende Rundgebung veröffentlichen. In parlamentarischen Kreisen der Arbeiterpartei befürchtet man, wie die Blätter zu berichten wissen, daß die Regierung sich auf Sparmaßnahmen einlassen könnte, die der Parteipolitik entgegengefeht seien. Man bezweifelt auch, daß die Konservativen ihr Versprechen halten werden, die Lage nicht für parteipolitische Zwecke auszunutzen; doch sei, erklärt „Evening Standard“, das Mißtrauen gegen die Konservativen nicht begründet. Es bestehe indessen eine Meinungsverschiedenheit über die Frage, ob das Schwergewicht auf die Sparpolitik oder die Erhöhung der Steuern zu legen sei. Die Konservativen würden es zu ihrem Grundgesetz machen, daß mehr aus Ersparnissen, als aus neuen Steuern eingebracht werden müsse. Auch der liberale „Star“ betont, daß das Ziel nicht so sehr durch eine Erhöhung der Staatseinnahmen als eine Herabsetzung der Ausgaben erreicht werden müsse.

* London. Aus allen Teilen Englands sind die „großen fünf“, MacDonald, Snowden, Henderson, Graham und Thomas, herbeigeeilt. Haben ihren Urlaub erneut unterbrechen müssen und sind in ihrer Eigenschaft als Sparauschuss des Kabinetts gegen 16 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammengetreten, um die während des Wochenendes vom Schatzministerium ausgearbeiteten Berichte und Empfehlungen für die beabsichtigten Sparmaßnahmen zum Auschluß des Staatshaushaltes zu prüfen.

In politischen Kreisen hält man eine Einberufung des Parlaments zu einer Sonder Sitzung vielleicht sogar schon für Anfang September für sicher. Wie es heißt, beabsichtigt die Regierung, die Gesetzesvorlage so kurz wie nur irgend möglich abzuschließen und von der „Bullotine“ ausgiebigen Gebrauch zu machen, um keine wertvolle Zeit mit unnötigen Reden zu verlieren.

Graf Zeppelin nach England gestartet.

(Friedrichshafen, 18. August. Das Luftschiff Graf Zeppelin ist mit 23 Fahrgästen um 7,04 Uhr zur Englandfahrt aufgestiegen. Es wird noch heute abend im Flughafen London landen und dann sofort zu einem vierundzwanzigstündigen Flug über England aufsteigen. Für diesen Flug stellt die Royal Aeronautical die Fahrgäste. Mittwochs abend fährt dann das Luftschiff die Nacht hindurch mit 24 Fahrgästen nach Friedrichshafen zurück. Am Donnerstag früh schließt sich unmittelbar nach der Landung etwa gegen 7 Uhr ein stündige Schweißfahrt an, für die alle sämtliche verfügbaren Plätze gebucht sind.

Die Teilnehmer an dem Englandflug.

(Friedrichshafen. An der Englandfahrt des Luftschiffes Graf Zeppelin nehmen folgende Passagiere teil: Graf Waldburg-Wolfegg, Direktor Dattler und Frau-Berlin, Direktor Habersang-Leipzig, die Herren Radolf und Wilhelm Rumpel-Dortmund, Direktor Grabner-Dresden, Herr Wasser und Frau, Diplom-Ingenieur Rieth-Dresden, Fraulein Richter-Dresden, Herr Schöne und Frau-Dresden, Herr Haerber-Königsberg, Herr Georg Schenk-Leipzig, Herr Kirchof-Tschscholowaki, sowie einige Londoner Herren, die

in London das Luftschiff verlassen. An dem stündigen Rundflug über England werden sich die Mitglieder der Royal Aeronautical Society mit dem Präsidenten der Gesellschaft beteiligen.

Graf Zeppelin über Frankreich.

Paris. (Funkpruch.) Havas meldet aus Oran (Departement Haute-Saone) etwa 100 Kilometer westlich von Belfort: Das Luftschiff Graf Zeppelin teilte durch Funkpruch mit, daß es wegen der schlechten Witterung genötigt sei, seine ursprüngliche vorgesehene Fahrtlinie nach London zu ändern. Es werde Frankreich über Besancon, Chalons sur Marne und Amiens überfliegen. Das Luftschiff hat die Ortschaft Gray um 11,07 Uhr überfliegen.

Sturmwetter über England.

(London. Vierzehn Personen verloren ihr Leben infolge der Stürme, die gestern mit nur wenig vermindelter Gewalt andauerten und in vielen Teilen des Landes riesigen Schaden anrichteten. Im Seebestrick wurde eine Familie vom Blitz getroffen; ein Mädchen wurde getötet, sein Vater und eine Schwester des Mädchens wurden schwer verletzt.

Theater-Sondervorstellung für die Leser des Riesauer Tageblattes

Man beachte Anzeige in vorliegender Nummer auf Seite 4